



Fragen des Kölner Friedensforums an die Kandidaten zur Bundestagswahl

Die Auswirkungen weltweiter kriegerischer Konflikte sind verheerend. Die Beseitigung von Kriegsursachen und die Realisierung von Friedensursachen sind die drängendsten Herausforderungen unserer Zeit, damit auf diesem Planeten alle Menschen dauerhaft menschenwürdig leben können.

Als Kölner Friedensforum sind wir der Überzeugung, dass ein Bruchteil der Mittel, die für den Krieg verschleudert werden, ausreichend wären, um Frieden zu schaffen und wir nicht dulden dürfen, dass materielle und intellektuelle Bemühungen für die Vorbereitung neuer Kriege missbraucht werden. Wir setzen uns daher gegen die Bestrebungen der aktuellen Bundesregierung ein, den Rüstungshaushalt zu erhöhen, und setzen uns für eine andere, ausschließlich friedliche Politik und internationale Solidarität ein.

Um die Öffentlichkeit über ihre Haltung zu den zentralen friedenspolitischen Fragen aufzuklären, haben wir alle Kölner Kandidaten für den Bundestag von SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gebeten, zehn Fragen zu beantworten. Die Antworten der Kandidaten haben wir in dieser Broschüre zusammengetragen.

10 Fragen an die Kölner Kandidaten zur Bundestagswahl:

1. Frage: Der Verteidigungshaushalt ist in den letzten Jahren substantiell erhöht worden. Sollen die Ausgaben für Verteidigung erhöht oder gesenkt werden?

Antworten auf Seite 3

2. Frage: Die Vereinten Nationen haben am 7. Juli ein verbindliches Vertragswerk zur internationalen Abschaffung und Ächtung von Atomwaffen beschlossen. Die Bundesregierung boykottierte bisher diesen Prozess unter Verweis auf die Verweigerungshaltung der Atommacht USA. Soll Deutschland den Vertrag der Vereinten Nationen ratifizieren und den Abzug der in Deutschland stationierten Atomwaffen in die Wege leiten?

Antworten auf Seite 6

3. Frage: Der Weltfrieden ist durch die Sanktions- und Aufrüstungsspirale zwischen den NATO-Staaten und Russland gefährdet. Wie stehen Sie zum Einsatz deutscher Truppen im Baltikum und zu den Wirtschaftssanktionen gegen Russland?

Antworten auf Seite 8

4. Frage: Der Krieg in Syrien hat mittlerweile fast eine halbe Million Menschen das Leben gekostet. Die Bundesregierung beharrt weiterhin auf der Absetzung des syrischen Präsidenten als Voraussetzung für Frieden. Nach Auffassung des Kölner Friedensforums wird damit das Leiden der Menschen in Syrien verlängert und der Friedensprozess blockiert. Sollte Ihrer Auffassung nach ein sofortiger Waffenstillstand und Friedensverhandlungen in Syrien unter Einbeziehung der syrischen Regierung stattfinden?

Antworten auf Seite 12

5. Frage: Soll die Bundeswehr weiterhin an Kriegseinsätzen beteiligt werden oder sollen stattdessen zivile Konfliktlösung und diplomatische Bemühungen ausgebaut werden?

Antworten auf Seite 15

6. Frage: Wie stehen Sie zur in der Bundesregierung aktuell diskutierten Anschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen?

Antworten auf Seite 17

7. Frage: Die Bundesrepublik ist der fünftgrößte Waffenexporteur der Welt, Staaten wie Saudi-Arabien, Katar, Algerien und Ägypten sind die größten Empfängerländer. Wie stehen Sie zu den Forderungen der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“?

- Kein Export von Rüstungsgütern an menschenrechtsverletzende Staaten.
- Kein Export von Rüstungsgütern an kriegführende Staaten.
- Exportverbot für Kleinwaffen und Munition.
- Keine Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte.
- Keine Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Kriegswaffen.
- Umstellung der Rüstungsindustrie auf nachhaltige zivile Produkte (Rüstungskonversion).

Antworten auf Seite 19

8. Frage: Trotz der Missachtung der Menschenrechte und eines andauernden Krieges im Osten der Türkei werden Zahlungen an die Türkei im Rahmen des „Flüchtlingsdeals“ sowie Rüstungsexporte in die Türkei nicht gestoppt. Soll dies passieren?

Antworten auf Seite 22

9. Frage: In Schulen und Hochschulen engagieren sich Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Studierende und Lehrende gegen den Einfluss von Militär und Rüstungsindustrie und für ein Bildungssystem, das dem Allgemeinwohl und einer friedlichen Welt verpflichtet ist. Sollen diese Bemühungen unterstützt und der zivile Charakter des Bildungssystems gestärkt werden?

Antworten auf Seite 25

10. Frage: In den letzten Jahren ist das Recht auf Asyl unter anderem mit der Einschränkung des Familiennachzugs und der Erklärung von Staaten zu sicheren Drittstaaten in einer nach 1945 beispiellosen Weise beschnitten worden. Weder die Abschiebung in Krisenländer wie Afghanistan oder den Irak, noch die „Rückführung“ in Länder wie Italien entspricht grundgesetzlich verankerten Menschenrechtsnormen. Denken Sie, dass in Deutschland Voraussetzungen geschaffen werden können, wieder mehr Schutzsuchende aufzunehmen?

Antworten auf Seite 27

Antworten der Kandidaten und Parteien:

Die Kandidaten der Partei Die Linke haben eigene Statements verfasst, während stellvertretend für alle Kölner SPD-Kandidaten Rolf Mützenich und für die FDP Rolf Albach geantwortet hat. Für die CDU gab es eine Rückmeldung von Gisela Manderla; für die Kandidaten von Bündnis 90/Die Grünen hat das Bundesbüro geantwortet.


1. Frage:

Der Verteidigungshaushalt ist in den letzten Jahren substantiell erhöht worden. Sollen die Ausgaben für Verteidigung erhöht oder gesenkt werden?

DIE LINKE. **Beate Hane-Knoll und Güldane Tokyürek:** Die Ausgaben für Verteidigung sollten auf keinen Fall erhöht, sondern gesenkt werden. Das Geld könnte wesentlich besser in sozialen Bereichen, in Bildung, den Ausbau der maroden Infrastruktur und zum Ausbau des ÖPNV benutzt werden.

Matthias W. Birkwald: Die Ausgaben für den Verteidigungshaushalt wollen meine Partei DIE LINKE und ich deutlich senken.

Murat Yilmaz: Definitiv nicht! Statt die Militarisierung zu fördern, sollte man die Bildung fördern!

 Die Bundeswehr übernimmt heute in den verschiedenen Auslandseinsätzen im Rahmen von Vereinten Nationen, EU und NATO große Verantwortung für Stabilität und Sicherheit in der Welt. Grundsätzlich gilt bei Auslandseinsätzen: Eine Beteiligung der Bundeswehr an bewaffneten Auslandseinsätzen erfolgt im Rahmen der Vereinten Nationen, auf der Grundlage des Völkerrechts sowie im Rahmen von Systemen kollektiver Sicherheit nach Artikel 24 Absatz 2 des Grundgesetzes. Voraussetzung ist die Zustimmung des Deutschen Bundestags im Sinne des Parlamentsvorbehalts. Ein militärischer Beitrag Deutschlands muss immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein.

Die Soldatinnen und Soldaten müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung und ausreichend qualifiziertes Personal zur Seite gestellt wird. Sie selbst müssen bestens ausgebildet werden. Wir werden die erkannten Lücken schließen und dafür die notwendige Steigerung des Verteidigungsaus-

haltes sichern. Wir wenden uns allerdings entschieden gegen völlig unnötige und unrealistische Steigerungsraten des deutschen Verteidigungshaushaltes. Eine apodiktische Festlegung auf einen Anteil der jährlichen Ausgaben für die Bundeswehr auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts käme einer Verdoppelung unserer derzeitigen Ausgaben gleich und würde mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr für die deutsche Rüstungs- und Verteidigungspolitik bedeuten. Das wird es mit der SPD nicht geben. Nicht nur, weil dies eine völlige Überdimensionierung der Ausgaben wäre, sondern vor allem auch, weil Sicherheit und Stabilität gerade nicht ausschließlich durch Militärausgaben gewährleistet werden können.

Sozialdemokratische Friedenspolitik basiert immer auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff, der soziale, wirtschaftliche, ökologische, kulturelle und menschenrechtliche Aspekte bei Konfliktprävention und -lösung mit einschließt. Damit stehen stets starke zivile Instrumente im Vordergrund, die gegebenenfalls durch ein Mandat des Bundestags für militärische Einsätze ergänzt werden können. Denn: Wirtschaftliche Entwicklung, der Kampf gegen Hunger und Elend, gegen den Klimawandel und die Verbesserung der Lebensbedingungen sind letztlich die einzigen nachhaltig wirksamen Maßnahmen gegen Krieg, Bürgerkrieg und die ideologischen Verlockungen des weltweiten Terrorismus.

Deshalb wird die SPD dafür sorgen, dass zusätzliche Ausgaben für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands durch zusätzliche Ausgaben für Krisenprävention, humanitäre Hilfe und nachhaltige Entwicklung ergänzt werden.



Wir lehnen eine Steigerung der Verteidigungsausgaben ab. Unsere Priorität gilt dem Ziel, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Die geplanten massiven Erhöhungen des Verteidigungshaushalts sind weder sicherheitspolitisch begründet noch sinnvoll.

Obwohl die Bundeswehr deutlich kleiner geworden ist, ist der Verteidigungshaushalt in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich von 28 Milliarden Euro (2006) auf 37 Milliarden Euro (2017) gestiegen. Er soll bis zum Jahr 2021 auf mehr als 42 Milliarden Euro anwachsen. Im Rahmen der NATO hat die Bundesregierung zugesagt, bis 2024 sogar 2 Prozent des BIP anzustreben. Das wären gegenwärtig rund 65-70 Milliarden Euro. Das lehnen wir ab. Wichtiger ist, dass Aufträge und Umfang der Bundeswehr in Einklang zueinander gebracht werden. Dies ist mit mehr Geld allein nicht zu machen.



Gisela Manderla: Damit die Bundeswehr ihren gewachsenen Aufgaben aufgrund der sich rasch ändernden globalen Sicherheitslage gewachsen ist, haben wir auf Grundlage des neuen Weißbuches der Bundesregierung von 2016 eine Trendwende im Verteidigungsetat eingeleitet. Wie auf dem NATO-Gipfel 2014 in Wales vereinbart, wollen wir unsere Ausgaben für Verteidigung bis zum Jahre 2024 schrittweise in Richtung 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen.

Um den außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen von heute gewachsen zu sein, müssen die Instrumente der Diplomatie, der Polizei, der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit innerhalb eines vernetzten Ansatzes besser miteinander abgestimmt und koordiniert werden. Deshalb werden wir parallel zur Erhöhung des Verteidigungshaushaltes auch die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Maßstab 1:1 erhöhen, bis die ODA-Quote von 0,7 Prozent des BIP erreicht ist.

Der Verteidigungsetat ist seit der Wiedervereinigung kontinuierlich abgeschmolzen worden, was – gerade mit Blick auf die im gleichen Zeitraum stetig gewachsenen Aufgaben – zu einem wachsenden „Overstretch“ unserer Streitkräfte geführt hat. Die eingeleitete Trendwende im Wehretat, wie auch beim Personal und Material sind deshalb der richtige Ansatz, um Anspruch und Wirklichkeit endlich wieder besser in Einklang zu bringen.



Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland entsprechend seiner Wirtschaftskraft auch international mehr Verantwortung übernimmt.

Nachhaltige internationale Sicherheit kann nur erreicht werden, wenn die Bereiche Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik vernetzt gedacht werden.

Deshalb wollen wir, dass Deutschland langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationale Sicherheit investiert. Dazu wollen wir eine schrittweise und nahtlos aufeinander abgestimmte Stärkung des Bundeshaushalts in den Bereichen Außenpolitik, Entwicklung und Verteidigung erreichen.


2. Frage:

Die Vereinten Nationen haben am 7. Juli ein verbindliches Vertragswerk zur internationalen Abschaffung und Ächtung von Atomwaffen beschlossen. Die Bundesregierung boykottierte bisher diesen Prozess unter Verweis auf die Verweigerungshaltung der Atommacht USA. Soll Deutschland den Vertrag der Vereinten Nationen ratifizieren und den Abzug der in Deutschland stationierten Atomwaffen in die Wege leiten?

DIE LINKE. **Beate Hane-Knoll und Güldane Tokyürek:** Das sollte auf jeden Fall passieren. Es ist nicht nachvollziehbar, warum sich Deutschland geweigert hat an den Verhandlungen teilzunehmen, um dadurch auch ein Signal für die Ächtung und die Abschaffung von Atomwaffen zu setzen.

Matthias W. Birkwald: Ja, Deutschland soll den Vertrag der Vereinten Nationen ratifizieren. Ich setze mich für eine vertragliche Ächtung von Atomwaffen ein. Deutschland darf sich nicht hinter der desaströsen US-Außenpolitik verstecken und muss auch endlich seine Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag von 1968 erfüllen. Alle US-Atomwaffen in Deutschland müssen sofort abgezogen und vernichtet werden. Das System der „Nuklearen Teilhabe“ will DIE LINKE unbedingt beenden.

Murat Yilmaz: Definitiv JA! Wir wollen kein Atomwaffen-Arsenal in Deutschland haben, wir stehen für Friedenspolitik und eine gewaltfreie Konfliktlösung!

 Wir setzen uns entschlossen für die weltweite vertragsgestützte Abrüstung von Atomwaffen, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen sowie konventioneller Rüstung ein. Den drohenden Zerfall der bestehenden Regime für Rüstungskontrolle und Abrüstung wollen wir verhindern. Eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel. Wir unterstützen, dass sich große Teile der internationalen Staatengemeinschaft für die weltweite Abschaffung dieser Waffen einsetzen.

Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns gegen verantwortungslose Gedankenspiele über die Schaffung einer europäischen Atomwaffenmacht oder gar eine atomare Bewaffnung Deutschlands. Solche Überlegungen dienen nicht dem Frieden, sondern sie untergraben Grundelemente deutscher und europäischer Sicherheit! Deutschland hat sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag und im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) völkerrechtlich

zum ausdrücklichen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen verpflichtet. Allerdings erleben wir derzeit weltweit und auch in Europa einen anderen Trend: den zur Aufrüstung im nuklearen wie im nichtnuklearen Bereich.

Wir unterstützen daher regionale Initiativen für Zonen, die frei von Massenvernichtungswaffen sind, und setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrags die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa abgezogen werden.



Der am 7. Juli 2017 in New York von 122 Staaten verabschiedete Atomwaffenverbotsvertrag verbietet den Unterzeichnerstaaten den Einsatz, die Lagerung und die Drohung mit Atomwaffen. Wir haben uns seit jeher für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und die Beendigung der nuklearen Teilhabe auf NATO-Ebene eingesetzt sowie für das Ziel einer atomwaffenfreien Welt.

Entsprechend sind wir dafür, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitrifft, keine Nachfolgefugzeuge für den Tornado als derzeitiges Trägermittel für Atomwaffen beschafft und sich im NATO-Bündnis dafür einsetzt, die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abzuziehen.



Gisela Manderla: Appeasement und einseitige Abrüstung führen – das hat uns das 20. Jahrhundert gelehrt – nicht dazu, den Frieden dauerhaft zu sichern. Das Ende des Kalten Krieges zeigte hingegen, dass der duale Ansatz der NATO, Abschreckung mit Dialogbereitschaft zu verbinden, zu Abrüstung und einem neuen, konfliktlösungsorientierten Denken in der Außenpolitik führt – wenn auch zuweilen erst längerfristig.

Wir werden uns im Dialog mit Russland dafür einsetzen, sowohl die konventionelle als auch die nichtkonventionelle Rüstungskontrolle wieder zu beleben. In diesem Zusammenhang würde auch über den Abbau von Nuklearwaffen in ganz Europa einschließlich Deutschlands gesprochen werden. Wir teilen die Vision einer Welt frei von Nuklearwaffen. Als wichtige Zwischenschritte brauchen wir aber die Bereitschaft aller Besitzer von Nuklearwaffen, sich an Rüstungskontroll- und Abrüstungsgesprächen zu beteiligen und nachweislich umzusetzen. Weiterhin erforderlich ist der schrittweise Aufbau einer weltweit verbindlichen und durchsetzungsstarken Friedens- und Sicherheitsordnung.

Bis dahin bleibt die Nukleare Teilhabe ein wichtiger Baustein unserer Sicherheitsvorsorge, wie übrigens auch für Partner Belgien, Italien oder die Niederlande.



Wir Freie Demokraten wollen die internationale Rüstungskontrolle und Abrüstung vorantreiben. Die Weiterverbreitung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen ist eine Gefährdung der internationalen Sicherheit. Weitere Staaten stehen an der Schwelle zur Nuklearmacht, bestehende Nuklearmächte wollen wieder aufrüsten und die Bedeutung von Atomwaffen scheint in der globalen Sicherheitspolitik wieder zuzunehmen. Bestehende Abrüstungsprozesse drohen dabei zu stagnieren und die internationale Norm der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen wird geschwächt. Wir brauchen deshalb einen neuen diplomatischen Anlauf für Rüstungskontrolle und Abrüstung. Deutschland sollte hier zusammen mit seinen engen Partnern eine Führungsrolle übernehmen.

3. Frage:

Der Weltfrieden ist durch die Sanktions- und Aufrüstungsspirale zwischen den NATO-Staaten und Russland gefährdet. Wie stehen Sie zum Einsatz deutscher Truppen im Baltikum und zu den Wirtschaftssanktionen gegen Russland?

DIE LINKE. **Beate Hane-Knoll und Güldane Tokyürek:** Der Einsatz deutscher Truppen sollte unterbunden werden. Eine auf Entspannung orientierte Ostpolitik wäre angebracht. Militäreinsätze und Waffenstationierungen entlang der russischen Grenze verstärken Konflikte nur. Zielführend ist nur eine gemeinsame Sicherheitspolitik mit Russland. Diplomatie und militärische Zurückhaltung sind geboten.

Matthias W. Birkwald: Ich lehne den Einsatz und die Stationierung deutscher Truppen im Baltikum ab. Militärmanöver oder Pläne zur Stationierung von Waffensystemen entlang der russischen Westgrenze heizen Konflikte nur an. Wirtschaftssanktionen gegen Russland lehnt DIE LINKE ebenfalls ab. Statt – wie die CDU-geführte Bundesregierung – auf Aufrüstung, Konfrontation und Sanktionen gegen Russland zu setzen, wollen wir LINKEN eine Friedens- und Entspannungspolitik einleiten.

Murat Yilmaz: Deutsche Soldaten sollten und müssen alle wieder zurück nach Hause kommen, es darf keine willkürliche Konfrontation mit Russland gesucht werden, weil die

NATO das einfach möchte. Wir haben auch eine große Verantwortung gegenüber Russland schon wegen des Zweiten Weltkriegs, in dem circa 25 Millionen Menschen Opfer des Nazi-Regimes wurden. Es gibt kein Anzeichen einer Gefahr von Russland. Die Wirtschaftssanktionen sollten alle wieder aufgehoben werden, aber eine Kritik in Richtung Russland möchte ich werfen, Russland muss die Tore für die Demokratisierung weiter öffnen.



Unser Verhältnis zu Russland ist durch das Vorgehen der russischen Regierung in der Ostukraine und den Bruch des Völkerrechts durch die Annexion der Krim belastet. Fundamentale Prinzipien der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung sind verletzt.

Wir sind jedoch davon überzeugt, dass Frieden und Sicherheit in Europa nur mit, nicht ohne oder gar gegen Russland möglich sind. Dafür bedarf es der Deeskalation, der Rückkehr zum politischen Dialog und der differenzierten Anwendung von Sanktionsmechanismen. Der politische Prozess für die Ostukraine, der den Ausbruch eines offenen Krieges erfolgreich verhindern konnte, ist ins Stocken geraten. Wir halten dennoch an ihm fest. Substanzielle Fortschritte bei der Umsetzung des Minsker Abkommens würden eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen gegen Russland nach sich ziehen.

Wir streben langfristig eine inklusive Sicherheitsarchitektur für ganz Europa an. Die Entspannungspolitik muss in diesem Sinne wieder gestärkt werden.



Wir sehen mit Sorge, dass die Abrüstungsbereitschaft sinkt, die Rüstungshaushalte und Rüstungsexporte steigen und die längst überwunden geglaubte Logik der Abschreckung von allen Seiten wieder in Gang gesetzt wird. Eine Erhöhung der Militärausgaben auf 2 Prozent der Wirtschaftsleistung lehnen wir klar ab.

Wir drängen darauf, den Dialog mit Russland auch in Zukunft zu suchen, und setzen dabei auch auf den NATO-Russland-Rat. Allerdings hat Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Vorgehen in der Ost-Ukraine zentrale Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur ins Wanken gebracht: das Selbstbestimmungsrecht und die territoriale Integrität souveräner Staaten, die Verpflichtung zur gewaltlosen Konfliktlösung und die Ablehnung gewaltsamer Grenzverschiebungen sowie das Einhalten

internationaler Verträge. Es hat auch seine Pflichten aus dem Budapester Memorandum verletzt.

Dass die EU darauf besonnen und mit zivilen Mitteln reagiert, halten wir für richtig. Deshalb unterstützen wir die von der EU in Reaktion auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und das militärische Vorgehen Russlands in der Ostukraine verhängten Sanktionen. Eine Aufhebung oder Lockerung dieser Sanktionen ist an klare Bedingungen geknüpft.

Ebenso muss vor dem Hintergrund des russischen Verhaltens die Bedrohungsperzeption der östlichen NATO-Mitgliedstaaten ernst genommen werden. Dies geschieht durch Rückversicherungsmaßnahmen wie das verstärkte Air Policing über den baltischen Mitgliedstaaten und eine rotierende Präsenz der NATO in Osteuropa. Eine dauerhafte Truppenstationierung in substantieller Größe im östlichen Bündnisgebiet lehnen wir ebenso ab, wie das Festhalten der NATO an den Plänen für ein Raketenabwehrsystem.



Gisela Manderla: Der Frieden in Europa ist primär durch das aggressive Verhalten Russlands, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die von Russland gewollte und aufrechterhaltene Destabilisierung der Ostukraine gefährdet. Russland hat mit seinem Verhalten die Sicherheitsarchitektur Europas nach dem Kalten Krieg nachhaltig beschädigt. Deshalb halten wir die reaktiven Maßnahmen der NATO für notwendig und reagieren damit verantwortungsvoll auf das deutlich geänderte Bedrohungsempfinden in Europa, vor allem das unserer osteuropäischen Partner.

Auch wenn der Dialog mit Russland schwierig ist, wir müssen ihn in enger Abstimmung mit unseren Partnern aufrechterhalten. CDU und CSU appellieren an Russland, das Abkommen von Minsk dauerhaft einzuhalten und umzusetzen. Wir unterstützen einen Abbau der Sanktionen erst bei konsequenter Umsetzung des Minsker Abkommens. Natürlich muss die Tür für Russland offen bleiben. Aber dafür muss sich Russland bewegen, nicht wir. Wir hatten ein klares, regelbasiertes Sicherheitsregime in Europa – Russland hat sich davon verabschiedet, nicht wir.



Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa war auch Ergebnis liberaler Aussenpolitik von Walter Scheel. In dieser Tradition wollen wir mit Realismus die Krise zwischen Russland und der Ukraine

überwinden (https://www.fdp.de/sicherheitspolitik_mit-realismus-aus-der-krim-sackgasse). Unser Wahlprogramm formuliert das wie folgt:

Wir Freie Demokraten fordern die russische Regierung auf, die völkerrechtswidrige Besetzung der Krim und den Krieg in der Ostukraine unverzüglich zu beenden. Diese verletzen nicht nur das Gewaltverbot nach Artikel 2 Ziffer 4 der Charta der Vereinten Nationen, sondern auch die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Zudem beobachten wir die zunehmende Unterdrückung der Opposition und Zivilgesellschaft in Russland mit großer Sorge und treten dafür ein, diese Menschenrechtsverletzungen klar zu benennen und zu verurteilen.

Für uns gelten die Prinzipien der europäischen Friedensordnung, zu denen sich auch Russland bekannt hat: Die souveräne Gleichheit der Staaten, die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, die friedliche Beilegung von Konflikten sowie die freie Bündniswahl, Demokratie und Achtung der Menschenrechte. Für uns Freie Demokraten sind diese Prinzipien nicht verhandelbar. Solange Präsident Putin seine Interventionspolitik fortsetzt, müssen daher die Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten und eine Wiederaufnahme Russlands in die G8 ausgeschlossen werden. Im Falle einer erneuten militärischen Eskalation müssen die Sanktionen gegen Russland weiter verschärft werden. Im Gegenzug können Sanktionen bei einem substantziellen Einlenken der russischen Regierung gelockert oder aufgehoben werden.

Als Nachbarn auf dem europäischen Kontinent sind Deutschland und die EU mit Russland eng verbunden – wirtschaftlich, kulturell und politisch. Gerade in schwierigen Zeiten ist es unerlässlich, miteinander im Gespräch zu bleiben. Ob auf politischer Ebene, wie in der OSZE oder im NATO-Russland-Rat, oder durch zivilgesellschaftliche Kontakte: Dialog schafft Vertrauen, Vertrauen schafft Sicherheit. Mittelfristig muss es unser Ziel sein, über Dialog und vertrauensbildende Maßnahmen wieder zu einer verlässlichen Partnerschaft mit Russland zu kommen.

4. Frage:

Der Krieg in Syrien hat mittlerweile fast eine halbe Million Menschen das Leben gekostet. Die Bundesregierung beharrt weiterhin auf der Absetzung des syrischen Präsidenten als Voraussetzung für Frieden. Nach Auffassung des Kölner Friedensforums wird damit das Leiden der Menschen in Syrien verlängert und der Friedensprozess blockiert. Sollte Ihrer Auffassung nach ein sofortiger Waffenstillstand und Friedensverhandlungen in Syrien unter Einbeziehung der syrischen Regierung stattfinden?

DIE LINKE. **Beate Hane-Knoll und Güldane Tokyürek:** Ein Waffenstillstand und Friedensverhandlungen mit dem Ziel einer möglichst von allen anerkannten Übergangsregierung sollten forciert werden.

Matthias W. Birkwald: Ja, ein Waffenstillstand und Friedensverhandlungen in Syrien – unter Einbeziehung der syrischen Regierung – muss dringend in Angriff genommen werden. Alle Akteure und Akteurinnen müssen in einen Friedensprozess einbezogen werden, um eine der größten humanitären Katastrophen seit dem Zweiten Weltkrieg endlich zu beenden.

Murat Yilmaz: Definitiv! Es kann nicht sein, dass man mit reaktionären Terrororganisationen in Riad, Istanbul, Kairo, in Genf oder sonst wo an einem Tisch sitzt und die syrische Regierung, sowie die PYD ignoriert! Die Kurden sind zur Zeit die einzig erfolgreiche Kraft, die gegen den sogenannten IS (Islamischen Staat) kämpfen, sie sind in der Allianz mit den Russen und den Amerikanern, da dies ein asymmetrischer Kriegszustand ist, das heißt ein Notzustand, indem es um Überleben und Tod aller Menschen in der Region geht, deshalb ist diese Allianz so wichtig.

Während die Großmächte (Atommächte) ihre Interessenkonflikte verfolgen und dort ihre Position absichern wollen, versuchen die Kurden*innen mit ihren Verbündeten (Assyrer/Aramäer, Araber, Turkmenen, Alawiten, Aleviten, Chaldäer und weitere) eine basisdemokratische Struktur aufzubauen, indem die Freiheit der Frau die höchste Priorität bekommt und Verschiedenes mehr! Dies ist begrüßenswert, auch das Assad-Regime kann hierbei eine wichtige Rolle spielen, das Land zur Demokratisierung zu öffnen und den Frieden langfristig abzusichern!



Die SPD-Bundestagsfraktion steht seit Beginn des Syrien-Konfliktes geschlossen hinter den kontinuierlichen Bemühungen der deutschen Bundesregierung, die Vereinten Nationen darin zu unterstützen, einen nachhaltigen Friedensprozess für Syrien zu etablieren. Es wird in Syrien keine militärische Lösung geben, nur eine politische. Um diese zu erreichen, sind beständige Gespräche und auch anhaltender Druck auf alle Konfliktparteien und Akteure mit Einfluss auf das Geschehen notwendig, einschließlich Russland und Iran. Der Sondergesandte der Vereinten Nationen für Syrien, Staffan de Mistura, war im November 2016 auch auf Einladung der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Deutschland ist mittlerweile einer der größten humanitären Geber in der Syrien-Krise. Die deutsche Unterstützung seit 2012 beträgt knapp 3 Milliarden Euro. Dass wir die Menschen vor Ort und in den Nachbarstaaten Syriens mit humanitärer Hilfe unterstützen, war immer ein Kernanliegen der SPD-Fraktion. Entsprechend haben wir uns auch in diesem Jahr in den Haushaltsverhandlungen erfolgreich für eine Erhöhung der Mittel für 2017 eingesetzt.

Alle Konfliktparteien und die, die Einfluss auf das Geschehen vor Ort haben, sind aufgefordert, sich für humanitären Zugang einzusetzen. Auch Russland und Iran müssen ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen und sich endlich konstruktiv in der Syrien-Krise verhalten, statt zu weiterem Leid der Zivilbevölkerung beizutragen.



Nach unserer Auffassung ist ein nachhaltiger Friedensprozess in Syrien nur als inklusiver Prozess denkbar. An einer möglichen Übergangsregierung werden aller Voraussicht nach Regierung und Opposition beteiligt sein. Aufgrund der begangenen Verbrechen wird dabei Bashar al-Assad selbst aber nicht Präsident bleiben können. Bei den Verhandlungen in Genf sitzen Vertreter der syrischen Regierung schon seit Beginn an mit am Tisch, ohne dass dies bisher zu nennenswerten Fortschritten geführt hätte.

Wir fordern Maßnahmen, um eine umfassende Aufarbeitung der Verbrechen zu ermöglichen. Diese sollen sowohl einen internationalen als auch einen nationalen Ansatz enthalten, zum Beispiel zum aktiven Tätigwerden der Bundesregierung innerhalb der Vereinten Nationen oder zur Förderung der Beweissicherung im In- und Ausland. Ohne Gerechtigkeit für die Betroffenen von Verbrechen in Syrien wird eine friedliche Gesellschaft nicht möglich und der Wiederaufbau eines Rechtsstaats kaum denkbar sein.



Gisela Manderla: Assad ist und bleibt der Haupttreiber der Gewalt in Syrien, er quält und unterdrückt sein Volk jenseits des Kriegsvölkerrechts und weit entfernt von jedem Menschenrecht. Wer die Bevölkerung seines Landes mit Fassbomben und Giftgas peinigt, hat nach meinem Dafürhalten jede Autorität verspielt und ist Teil des Problems, nicht der Lösung.

Die Lage in Syrien ist ausgesprochen kompliziert und wird durch eine diffuse und hochkomplexe Mischung aus ethnischen, religiösen und letztlich auch machtpolitischen Konfliktlinien fortwährend angeheizt. Es ist nicht prognostizierbar, ob Syrien und mithin die gesamte Konfliktregion nach dem Ende des Islamischen Staats zur Ruhe kommt.

Deshalb ist es besonders wichtig, dass die internationale Staatengemeinschaft ihre Anstrengungen erhöht, um diesen tragischen Konflikt, unter dem vor allem die Zivilbevölkerung leidet, endlich zu beenden.



Für die FDP machte Alexander Graf Lambsdorff am 4. April 2017 im Gespräch mit der Zeitung BILD klar, dass die Verhandlungen wieder verstärkt werden müssen: „Was hätte Genscher getan? Er hätte sich ins Flugzeug gesetzt und mit allen geredet, wirklich mit allen. Die internationale Gemeinschaft darf sich auf keinen Fall davon abbringen lassen, alle Parteien an den Verhandlungstisch zurückzubringen. Sonst kommt ein Ende dieses Krieges nie in Sicht.“ Derzeit sei von Frieden keine Spur. „Chaos, Gewalt und Leid regieren.“

In der Rhein-Neckar-Zeitung führte er aus: „Wenn Syrien befriedet werden soll, dann geht das wegen der russischen Unterstützung für Assad nicht ohne ihn.“ Aber am Ende des politischen Prozesses müsse eine Zukunft ohne ihn stehen. Russland habe sich in dieser Hinsicht auch schon von Assad distanziert und erklärt, es gehe um Stabilität in Syrien, nicht die persönliche Zukunft von Assad. Das sei auch das Signal der EU-Außenminister.

https://www.fdp.de/europa_assad-regime-muss-gebremst-werden

5. Frage:

Soll die Bundeswehr weiterhin an Kriegseinsätzen beteiligt werden oder sollen stattdessen zivile Konfliktlösung und diplomatische Bemühungen ausgebaut werden?

DIE LINKE. **Beate Hane-Knoll und Güldane Tokyürek:** Letzteres sollte der Fall sein. Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen beendet werden. An vielen Beispielen ist zu sehen, dass Kriegseinsätze nie das gewünschte Ergebnis bringen. Zivile Konfliktlösungen und diplomatische Bemühungen sind die Mittel, um zu Lösungen in Krisengebieten zu gelangen.

Matthias W. Birkwald: Nein, die Bundeswehr soll sich definitiv nicht weiterhin an Kriegseinsätzen beteiligen! Deutsche Verantwortung für den Frieden heißt, internationale Verantwortung zu übernehmen und zwar für ein kooperatives Verhältnis der Staaten und ihrer Bevölkerungen in einer demokratischen Weltgemeinschaft. Die Mittel, die heute für militärische Interventionen ausgegeben werden, sollen meines Erachtens für zivile Aufbau- und Friedenssicherungsprogramme und die Entwicklungszusammenarbeit umgewidmet werden. Die Mittel für die Kriegseinsätze sollen aus Sicht der LINKEN für ein friedliches Zukunftsprogramm eingesetzt werden.

Murat Yilmaz: Wir sagen: Stopp der Waffenexporte! Stopp der Auslandseinsätze! Hinzu eine friedliche Konfliktlösung und ein Zusammenagieren der Vereinten Nationen – natürlich nur dann, wenn sie ihrer Verpflichtung nachkommen!



Um Frieden und Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen, brauchen wir belastbare, globale Ordnungsstrukturen. Wir setzen dabei auf die Stärke des Rechts, nicht auf das Recht des Stärkeren. Und wir setzen auf die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsentwicklungsziele der UN- Generalversammlung, die die Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation im Sinne unserer sozialdemokratischen Überzeugungen darstellen.

Wir brauchen daher starke und handlungsfähige Vereinte Nationen. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund angekündigter Mittelkürzungen für Entwicklungszusammenarbeit und internationale Organisationen durch die neue US-Administration. Wir unterstützen die deutsche Sicherheitsratskandidatur für 2019/2020 unter dem Motto „Frieden, Gerechtigkeit, Innovation und Partnerschaft“.

Auch jenseits der Vereinten Nationen setzen wir auf multilaterale Zusammenarbeit. So wollen wir den Europarat stärken, der gerade in Bezug auf die Türkei und Russland wertvolle Arbeit leistet. Zudem haben wir mit dem erfolgreichen deutschen Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Jahr 2016 wichtige Impulse für eine aktivere Rolle dieses Forums gesetzt. Die OSZE ist und bleibt ein wichtiger Ort der Verständigung und Vertrauensbildung zwischen Ost und West.

Wir bekennen uns aber auch zu modernen und leistungsfähigen Streitkräften, die über angemessene Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung sowie zur internationalen Krisenbewältigung verfügen, die heute in verschiedenen Auslandseinsätzen im Rahmen von Vereinten Nationen, EU und NATO große Verantwortung für Stabilität und Sicherheit in der Welt übernehmen.



Wir stellen Gewaltverhütung und zivile Krisenprävention ins Zentrum deutscher Außenpolitik. Vorrang haben politische und zivile Konfliktlösungen. Hier braucht es mehr Anstrengungen, insbesondere in der Krisenfrüherkennung, -vorsorge und zivilen Gewaltverhütung, um Konfliktursachen zu begegnen, bevor sie gewalttätig eskalieren.

Deutschland kann – in Einzelfällen auch mit Hilfe der Bundeswehr – einen wichtigen Beitrag zur Gewalteinämmung und Friedenssicherung im Rahmen und Auftrag der Vereinten Nationen leisten. Deshalb lehnen wir Auslandseinsätze der Bundeswehr als äußerstes Mittel nicht grundsätzlich ab. Sie müssen aber in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet und Teil der Lösung sein.

Vorrang haben politische und zivile Konfliktlösungen. Hier braucht es mehr Anstrengungen, insbesondere in der Krisenfrüherkennung, -vorsorge und zivilen Gewaltverhütung, um Konfliktursachen zu begegnen, bevor sie gewalttätig eskalieren. Entsprechend stellen wir Gewaltverhütung und zivile Krisenprävention ins Zentrum deutscher Außenpolitik.



Gisela Manderla: Die genannten Instrumente zur Konfliktbewältigung sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie Ihre Frage suggeriert. Vielmehr ist das Gegenteil richtig: sie gehören unweigerlich zusammen. Wenn Sie sich etwa an den Überfall des Islamischen Staats auf die Jesiden im Nordirak erinnern wird schnell deutlich: Diesem versuchten Genozid musste schnell und robust Einhalt geboten werden, das funktioniert nur mit militärischen Mitteln. Umgekehrt können sie ohne

begleitende zivilpolitische, diplomatische und wirtschaftliche Konfliktbewältigungsmaßnahmen keinen militärischen Konflikt dauerhaft befrieden. Deshalb ist der von der Bundesregierung vertretene „comprehensive approach“, also ein vernetzter Ansatz, der alle Krisenbewältigungsinstrumente schlüssig bündelt, der einzige, wenngleich auch komplizierte Weg, Stabilität und Frieden in Konfliktregionen zu erreichen.



Deutsche Aussenminister, die Mitglied in der FDP waren, waren in dieser Frage immer sehr vorsichtig. Wir erinnern an die Zurückhaltung in Libyen und Mali. Grundsätzlich gehört der Einsatz der Bundeswehr zum Schutz von Menschen und Menschenrechten in Krisengebieten aber zu den Aufgaben, die die FDP unter geeigneten Bedingungen unterstützen kann.

Für uns Freie Demokraten ist und bleibt die Bundeswehr eine Parlamentsarmee. Das Parlamentsbeteiligungsgesetz hat sich zur Schaffung von Rechtssicherheit bei bewaffneten Einsätzen der Bundeswehr im Ausland bewährt. Im Lichte der angestrebten verstärkten Schaffung gemeinsamer EU- und NATO-Einsatzkräfte wollen wir den Parlamentsvorbehalt des Deutschen Bundestags unter voller Berücksichtigung der Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts so weiterentwickeln, dass gemeinsame Einsätze multinationaler Verbände von EU und NATO verfassungsfest erleichtert werden.

6. Frage:

Wie stehen Sie zur in der Bundesregierung aktuell diskutierten Anschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen?

DIE LINKE. **Beate Hane-Knoll und Güldane Tokyürek:** Diese Bestrebungen der Bundesregierung sollten auf keinen Fall umgesetzt werden. Militärische Standorte, die derzeit an solchen Drohneneinsätzen beteiligt sind, wie Ramstein, EU-KOM und AFRICOM müssen geschlossen werden.

Matthias W. Birkwald: Die Anschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen lehnen meine Partei DIE LINKE und ich ab. Die militärischen Standorte in Deutschland, die derzeit an den Drohnenkriegen der USA wesentlich beteiligt sind – wie Ramstein, AFRICOM oder EUCOM – müssen geschlossen werden. Weder Bundeswehr noch die Polizeien des Bundes sollen Drohnen anschaffen dürfen, die gegen Menschen gerichtet sind, sei es zum Kampf oder zur Überwachung. Der Betrieb von Kampfdrohnen im Ausland muss

untersagt werden. DIE LINKE will alle unbemannten und vollautonomen Kampfsysteme – wie bewaffnete Drohnen und Kampfroboter – im Rahmen einer internationalen Konvention ächten. Statt auf Drohnenkriege und Militäreinsätze, setzen wir auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen und völkerrechtlicher Mechanismen einer nichtmilitärischen Konfliktlösung.

Murat Yilmaz: Ich bin dagegen! Wenn man das hört, müsste man ja denken, dass Deutschland in einem Kriegszustand ist! Das ist es aber nicht, nur sind die deutschen Soldaten*innen außerhalb unserer Grenzen, die dort nichts zu suchen haben und diese Bundesregierung (auch die letzten drei vorherigen) ist mitverantwortlich für die Millionen von Flüchtlingen die vor Krieg, Armut und Elend flüchten!



Die rasant fortschreitende Automatisierung von Waffensystemen stellt uns vor große Herausforderungen. Wir fordern eine völkerrechtliche Ächtung von autonomen Waffensystemen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass neue Waffensysteme international erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden. Dies gilt insbesondere für den militärisch bedeutender werdenden Bereich der unbemannten bewaffneten Luftfahrzeuge (Drohnen).

Völkerrechtswidrige Tötungen durch unbemannte militärische Systeme lehnen wir kategorisch ab. Es darf nicht sein, dass Drohnen zunehmend als eine Waffe für Tötungen eingesetzt werden, bei denen immer wieder auch Zivilisten ums Leben kommen.



Wir lehnen bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr ab. Kampfdrohnen bedeuten den Einstieg in ein wachsendes Maß an Automatisierung bei der Entscheidung über den Einsatz von Gewalt. Diese muss beim Menschen verbleiben. Auch besteht die Gefahr, dass die Verfügbarkeit bewaffneter Drohnen die Hemmschwelle zum Einsatz militärischer Gewalt senkt. Wir setzen uns auf internationaler Ebene für die Ächtung autonomer bewaffneter Systeme ein.



Gisela Manderla: Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten tagtäglich einen anspruchsvollen Dienst und riskieren im Einsatz ihr Leben. Für uns gilt: Wir stehen für diejenigen ein, die uns schützen! Bewaffnete Drohnen sollen dabei

der unmittelbaren und wirksamen Selbstverteidigung unserer Bundeswehrsoldaten bei unerwarteten Angriffen dienen.

Einige der bisherigen Auslandseinsätze haben gezeigt, dass bei der Anforderung von Luftunterstützung wertvolle Zeit verloren gehen kann, in der das Leben und die körperliche Unversehrtheit unserer Soldaten einem unnötigen, großen Risiko ausgesetzt sind. CDU und CSU halten es daher mit der Sorgfalts- und Fürsorgepflicht gegenüber unseren Soldatinnen und Soldaten für nicht vereinbar, die Anschaffung und den Einsatz von bewaffneten Drohnen gegen den Rat der Bundeswehr auszuschließen. Der Generalinspekteur der Bundeswehr hat die militärische Notwendigkeit zur Beschaffung bewaffneter Drohnen bereits 2014 klar artikuliert und gleichsam dem Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten im Einsatz eine übergeordnete Bedeutung beigemessen. Wir folgen dieser Bewertung, alles andere wäre verantwortungslos.



Der Bundesvorstand der FDP hat am 14. November 2016 beschlossen, die Anschaffung solcher Drohnen zu unterstützen.

7. Frage:

Die Bundesrepublik ist der fünftgrößte Waffenexporteur der Welt, Staaten wie Saudi-Arabien, Katar, Algerien und Ägypten sind die größten Empfängerländer. Wie stehen Sie zu den Forderungen der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“?

- Kein Export von Rüstungsgütern an menschenrechtsverletzende Staaten.
- Kein Export von Rüstungsgütern an kriegführende Staaten.
- Exportverbot für Kleinwaffen und Munition.
- Keine Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte.
- Keine Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Kriegswaffen.
- Umstellung der Rüstungsindustrie auf nachhaltige zivile Produkte (Rüstungskonversion).



Beate Hane-Knoll und Güldane Tokyürek: Diese Forderungen sollten alle umgesetzt werden.

Matthias W. Birkwald: Diese Forderungen der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ unterstütze ich nachdrücklich!! LINKE internationale Politik zielt auf Frieden, Abrüstung und Entmilitarisierung.

Am Beispiel der Rüstungsexporte an die totalitäre wahhabistische Erbmonarchie Saudi-Arabien wird der falsche Kurs der deutschen Außenpolitik besonders deutlich. Saudi-Arabien bombt den Jemen in die Steinzeit. Das muss sofort aufhören. Deutsche Rüstungsunternehmen - wie Rheinmetall - müssen auch deshalb schnell gezwungen werden, die Rüstungsproduktion in Saudi-Arabien sofort einzustellen.

Murat Yilmaz: Ich unterstreiche alle Ihre Bedingungen und ihren Aufschrei! Da bin ich dabei!

Außerdem möchte ich Sie auf eine Kundgebung aufmerksam machen, die unter dem Motto „Stoppt die Panzerfabriken für Erdogan! Rheinmetall entrüsten!“, am 2. September 2017 um 13:00 Uhr in Düsseldorf vor dem DGB-Haus stattfindet.



Die SPD hat deshalb in der Bundesregierung die transparenteste und restriktivste Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Beim besonders sensiblen Bereich der Kleinwaffen hat sich die SPD erfolgreich dafür eingesetzt, die gesetzlichen Regeln nochmals zu verschärfen. Die von Januar 2000 stammenden „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ gilt es weiter zu entwickeln und wo notwendig gesetzlich zu fixieren.

Konkret bedeutet das: Wir werden eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Rüstungsexportpolitik Deutschlands einbringen. Sie wird ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern enthalten. Zugleich treten wir für eine einheitliche restriktivere Rüstungsexportpolitik in Europa ein. Auch setzen wir uns für eine stärkere Begrenzung von Rüstungsexporten auf Ebene der EU ein.



Wir fordern seit Jahren eine restriktive Rüstungsexportpolitik und einen Stopp der Rüstungsexporte an Staaten wie Saudi-Arabien oder Katar. Diese Forderungen haben wir auch in der vergangenen Legislaturperiode immer wieder in den Deutschen Bundestag eingebracht:

Wir haben die Politischen Grundsätze für den Rüstungsexport um das Kriterium der Achtung der Menschenrechte erweitert. Da diese unverbindlichen Kriterien offensichtlich nicht ausreichen, fordern wir ein strenges Rüstungsexportkontrollgesetz. Der Export in Staaten außerhalb der EU und NATO darf nur in ganz wenigen und zu begründenden Fällen erfolgen. Der Endverbleib muss gesichert sein.

Rüstungsverkäufe in Konfliktgebiete und Länder, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, müssen endlich ausnahmslos gesetzlich verboten werden. Das gilt auch für Lizenzvergaben. Wir wollen auch keine Hermesbürgschaften. Die Umstellung der Rüstungsindustrie auf eine rein zivile Produktpalette ist in erster Linie Aufgabe der Industrie selbst; dabei kann sie von Förderprogrammen des Bundes Gebrauch machen.



Gisela Manderla: Deutschland arbeitet eng mit seinen Partnern – etwa in der NATO und der EU – in Sicherheitspartnerschaften zusammen. Sie beruhen auf Gegenseitigkeit. Dass bedeutet auch, dass man sich gegenseitig Verteidigungstechnologien – also auch verschiedene Waffen – nutzbar macht. Es gibt auch Kooperationen, die über den Bereich der NATO oder der EU hinausgehen.

Die Lieferung von Waffen an die kurdischen Peshmerga half und hilft im Kampf gegen den IS und konnte vielen Jesiden und anderen Menschen das Leben retten. Es ergibt ebenfalls Sinn, Sicherheitskräfte, die in Afghanistan oder Mali von der Bundeswehr im Kampf gegen den Terror ausgebildet werden, auch mit deutschen Waffen auszustatten. Gerade für solche Drittstaaten gelten strengste Waffenexportregeln.

Für den Bereich der Kleinwaffen sind diese zuletzt im Sommer 2015 durch entsprechende Grundsätze der Bundesregierung weiter verschärft worden. Diese Grundsätze beinhalten weitergehende grundsätzliche Exportverbote und umfangreiche Dokumentationspflichten etwa über den Verbleib der Waffen bei Ausnahmen vom Exportverbot. Um die Weiterverbreitung von Kleinwaffen auf globaler Ebene zu bekämpfen, setzen wir auf unsere Partner und Regionalorganisationen: Wir wollen ihre Kapazitäten stärken, Waffen und Waffenlager besser zu sichern, illegale Waffenströme zu verfolgen und zu unterbinden und illegale Waffenbestände zu vernichten.

Entscheidungen über Rüstungsexporte sind, besonders in Deutschland, ein schwieriger Abwägungsprozess. Sie müssen unter Einbeziehung vieler – sehr unterschiedlicher und sich zum Teil entgegenstehender – Aspekte getroffen werden. Eindimensionale Begründungen reichen nicht aus. Sie müssen vielmehr eingebettet sein in eine Vielzahl grund-

sätzlicher wie einzelfallbezogener Erwägungen. Der daraus abzuleitende, verantwortungsvolle Umgang mit Rüstungsexportentscheidungen ist im zuständigen Bundessicherheitsrat sichergestellt.



Wir Freie Demokraten wollen keine Waffenlieferungen in Krisengebiete. Denn Rüstungsexporte in Konfliktregionen können bereits instabile Regionen noch weiter destabilisieren. Die Unsicherheit und Bedrohung für die Menschen in den betroffenen Gebieten wird hierdurch nachhaltig erhöht und die Chancen auf Friedens- und Konfliktlösungen können ebenfalls behindert werden. Es sollte deshalb auch für die Zukunft Grundpfeiler deutscher Außenpolitik sein, Rüstungsexporte in Konfliktregionen auszuschließen.

Die Entscheidung über Rüstungsexporte soll auch weiterhin durch die Bundesregierung erfolgen als Teil ihrer exekutiven Kernaufgaben. Jedoch fordern wir, dass ein Rüstungsexportgesetz die bestehenden nationalen, europäischen und internationalen Exportrichtlinien deutlich präzisiert und dadurch zu mehr Transparenz im Regierungshandeln und zu besserer Beteiligung des Deutschen Bundestags führt.

8. Frage:

Trotz der Missachtung der Menschenrechte und eines andauernden Krieges im Osten der Türkei werden Zahlungen an die Türkei im Rahmen des „Flüchtlingsdeals“ sowie Rüstungsexporte in die Türkei nicht gestoppt. Soll dies passieren?

DIE LINKE. **Beate Hane-Knoll und Güldane Tokyürek:** Zahlungen und Rüstungsexporte an die Türkei sollten eingestellt werden. Der Deal mit der Türkei gehört aufgekündigt. Die EU benötigt ein faires und solidarisches System der Flüchtlingsaufnahme und Verantwortungsteilung.

Matthias W. Birkwald: Ja, der schmutzige EU-Türkei-Deal muss sofort gestoppt werden. Rüstungsexporte in die Türkei müssen ebenfalls sofort beendet werden.

Murat Yilmaz: Definitiv nicht! Dieses unmoralischer Abkommen der Bundesregierung und der EU mit der Türkei, wird als Schandfleck in die Europäische Geschichte eingehen! Während die EU und die Bundesregierung solche abkommen einget, führt ein

Despot einen Krieg im eigenen Land gegen die Kurden*innen, er inhaftiert alle kritischen Stimmen im eigenen Land, sowas nennt man auch in der Allgemeinheit eine Diktatur!



Eine besondere Herausforderung für uns ist die Zusammenarbeit mit der Türkei. Die Türkei ist in vielen Bereichen ein wichtiger, wenngleich mittlerweile sehr schwieriger Partner. Die gegenwärtigen Entwicklungen in der Türkei sehen wir mit größter Sorge und verurteilen die massenhaften Verhaftungen von Journalistinnen und Journalisten und Oppositionellen sowie die Einschränkungen fundamentaler Grundrechte wie der Freiheit von Medien und Wissenschaft in aller Schärfe.

Das Vorgehen der türkischen Regierung steht im Widerspruch zu den Werten der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die grundlegend für die europäische Wertegemeinschaft sind. Die Wahrheit ist: Weder die Türkei noch die Europäische Union sind in absehbarer Zeit für einen Beitritt zur Europäischen Union bereit. Allerdings sind die Beitrittsverhandlungen das einzige kontinuierliche Gesprächsformat der Europäischen Union mit der Türkei. Eine Isolierung der Türkei ist nicht im Interesse Europas, sondern die Stärkung der demokratischen Kräfte in der Türkei. Wir setzen uns deshalb für Unterstützung und Reiseerleichterungen für Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, türkisch-deutscher Unternehmen, der Wissenschaften und der Künste sowie für Journalistinnen und Journalisten ein.

Klar ist: Hält die türkische Regierung an ihrem konfrontativen Kurs fest, entfernt sie die Türkei von Europa. Sollte die Türkei die Todesstrafe einführen, entscheidet sie sich offen gegen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union! Dann müssen die Beitrittsverhandlungen beendet werden. Wahlkampf und eine Abstimmung über die Einführung der Todesstrafe in der Türkei wird es auf deutschem Boden nicht geben.



Wir wollen deutsche Rüstungsexporte in die Türkei stoppen. Es kann nicht sein, dass in der jetzigen Situation, in der sich die Türkei unter Präsident Erdogan immer weiter von rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien entfernt, Waffensysteme geliefert werden und deutsche Unternehmen eine Panzerfabrik in der Türkei bauen wollen.

Der Türkei-Deal schirmt Europa nicht nur vor Verantwortung, sondern Präsident Erdogan auch vor Kritik ab. Die EU hat sich dadurch gegenüber der Türkei erpressbar gemacht und nimmt damit billigend die dramatische Situation geflüchteter Menschen in

der Türkei in Kauf. Auch wird mit der EU-Türkei-Vereinbarung davon abgelenkt, dass Staaten wie Griechenland und Italien nach wie vor Unterstützung bei der Aufnahme und Versorgung von Asylsuchenden benötigen. Diesen Türkei-Deal wollen wir beenden.



Gisela Manderla: Die Bundesregierung folgt in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik grundsätzlich dem Prinzip der „Stärke des Rechts“ und nicht dem „Recht des Stärkeren“. Wir haben uns mit dem Flüchtlingsdeal wie auch grundsätzlich bei den EU-Heranhführungsprozessen vertraglich gebunden und halten uns auch daran. So schwer das auch angesichts des absurden Verhaltens der türkischen Staatsführung zu ertragen ist: Es ist letztlich eine Frage der Verlässlichkeit. Insofern unterstütze ich den Ansatz unserer Bundeskanzlerin, sich nicht vom populistischen Geschrei der aktuellen türkischen Regierung anstecken zu lassen, ausdrücklich. Sie kommt damit, in klarem Kontrast zu vielen anderen Akteuren, ihrer Verantwortung als Regierungschefin unseres Landes nach.

Die gemeinschaftlich in der EU beschlossenen finanziellen Heranhführungs-hilfen für die Türkei befinden sich angesichts der bedenklichen Entwicklungen in der Türkei auf einem kritischen Prüfstand. Der laufende EU-Finanzplan endet 2020, ich erwarte im darauffolgenden Haushalt eine substantielle Abschmelzung der europäischen Zahlungen an die Türkei, sollte sie den Weg in Richtung einer rückwärtsgewandten Autokratie fortsetzen.



Wir Freie Demokraten wollen die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei in der bisherigen Form beenden und die Beziehungen mit der Türkei auf eine neue Grundlage enger sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellen. Die Türkei ist und bleibt aber als NATO-Mitglied und als eng mit der EU vernetzter Nachbar ein unverzichtbarer Partner, so wie umgekehrt auch die Türkei auf die Kooperation mit der EU angewiesen bleibt. Wie sich in mittlerer und ferner Zukunft die gegenseitigen Beziehungen der EU und der Türkei entwickeln können, bleibt offen.

9. Frage:

In Schulen und Hochschulen engagieren sich Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Studierende und Lehrende gegen den Einfluss von Militär und Rüstungsindustrie und für ein Bildungssystem, das dem Allgemeinwohl und einer friedlichen Welt verpflichtet ist. Sollen diese Bemühungen unterstützt und der zivile Charakter des Bildungssystems gestärkt werden?



Beate Hane-Knoll und Güldane Tokyürek: Dieses engagierte Handeln sollte unbedingt unterstützt werden.

Matthias W. Birkwald: Ja, unbedingt. Der Einfluss von Militär und Rüstungsindustrie auf das bundesdeutsche Bildungssystem muss beendet werden. Wir stehen für ein Bildungssystem, das in der Tat dem Allgemeinwohl und einer friedlichen Welt verpflichtet ist. Persönlich unterstütze ich ausdrücklich die Forderungen nach einer Zivilklausel, nicht nur an der Universität zu Köln.

Murat Yilmaz: Definitiv! Die Bundeswehr hat nichts zu suchen in den Schulen, Universitäten und auf Straßenfesten. Auch eine Anwerbungen im Internet, in Medien, über Plakatierungen auf öffentlichen Plätzen sollte verboten werden.



Schulen und Hochschulen sind Orte des Miteinanders, eines friedlichen und zivilen Umgangs und Zentren eines demokratischen Gemeinwesens, dessen Werte sie auch im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens vermitteln sollen. Gleichzeitig gilt aber die Freiheit von Forschung und Lehre, wie sie in Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes garantiert wird, so dass wir Eingriffe des Bundes in die Autonomie der Universitäten und auch in die Kultushoheit der Länder ablehnen.



Auf Bundesebene ist unser Einfluss auf die Organisation und die inhaltliche Arbeit an Schulen wie an Hochschulen begrenzt. Auf allen Ebenen arbeiten wir als Partei daran, das Kooperationsverbot aufzuheben, so dass der Bund sich finanziell beteiligen kann, zum Beispiel den Hochschulpakt zu verstetigen, um bessere Studienbedingungen zu schaffen, und den Aufbau von weiteren Ganztagschulplätzen überall im Land anzustoßen. Dabei setzen wir uns auch für die

Stärkung von demokratisch organisierten Schulen ein. Schulen, an denen junge Menschen fürs Leben lernen und die auf eine gute Zukunft vorbereiten, müssen selbst Orte der Zukunft sein. Um die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen zu erreichen, ist es erforderlich, entlang der Bildungskette von der Kita bis zur Erwachsenenbildung die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Dies erfordert die Umsetzung der Maßnahmen eines Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Wir wollen zugunsten der Friedenspolitik die Friedens- und Konfliktforschung stärken und begrüßen es, wenn öffentliche Wissenschaftseinrichtungen vor Ort Friedensklauseln als Leitbild erarbeiten. Wo Forschung zum Beispiel später auch „militärisch“ nutzbar gemacht werden kann, lässt sich schlecht vorhersehen. Wir setzen uns daher in erster Linie für mehr Transparenz an öffentlichen Forschungseinrichtungen und Hochschulen ein, also wer über was, wozu und durch wen finanziert forscht. Das ermöglicht einen öffentlichen Diskurs auch über umstrittene Forschungsinhalte. Außerdem plädieren wir für bessere, auch gesetzliche, Regulierung biosicherheitsrelevanter Hochrisikoforschung, um auf diesem Gebiet Missbrauchsgefahren zu verringern.



Gisela Manderla: Ziel des Bildungssystems muss es sein, sich mit der real existierenden Welt auseinanderzusetzen. Und in dieser sind wir mehr denn je auf funktionsfähige Streitkräfte angewiesen. Dass diese ihre Sicht auf die Dinge auch in Interaktion mit Schülern und Studenten schildern und vertreten können, sollte in einer modernen Gesellschaft und angesichts einer Zeit, in der sich globale Sicherheitsrisiken mit hoher Geschwindigkeit entwickeln, eine Selbstverständlichkeit sein.



Auch wir setzen uns ein für ein Bildungssystem, dass dem Wohl der Lernenden, der Allgemeinheit und einer friedlichen Welt verpflichtet ist. Dazu gehören Forschung und Entwicklung. Diese müssen in der Gesellschaft durchgeführt werden, nicht getrennt davon – auch wenn es um die Landesverteidigung geht.

10. Frage:

In den letzten Jahren ist das Recht auf Asyl unter anderem mit der Einschränkung des Familiennachzugs und der Erklärung von Staaten zu sicheren Drittstaaten in einer nach 1945 beispiellosen Weise beschnitten worden. Weder die Abschiebung in Krisenländer wie Afghanistan oder den Irak, noch die „Rückführung“ in Länder wie Italien entspricht grundgesetzlich verankerten Menschenrechtsnormen. Denken Sie, dass in Deutschland Voraussetzungen geschaffen werden können, wieder mehr Schutzsuchende aufzunehmen?

DIE LINKE. **Beate Hane-Knoll und Güldane Tokyürek:** Das Grundrecht auf Asyl muss in seiner Gänze wieder hergestellt werden. Regelungen zu vermeintlich sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten, sowie Ablehnung und Abschiebung von Geflüchteten ohne Einzelfallprüfung sind zu unterlassen. Deutschland ist in der Lage eine humane Flüchtlingspolitik und eine genau zu regelnde Einwanderung zu gewährleisten.

Matthias W. Birkwald: Ja, in Deutschland können Voraussetzungen geschaffen werden, mehr Schutzsuchende aufzunehmen. Das Grundrecht auf Asyl muss wiederhergestellt werden. Ich sage ganz klar: Menschenrechte kennen keine Obergrenze.

Murat Yilmaz: Wir sagen, es darf keine Abschiebung in ein Herkunftsland geschehen, das nicht sicher ist! Des Weiteren müssen wir darüber debattieren, wie wir mit den Flüchtlingen umgehen, die seit mehreren Jahren bei uns leben, die einer Arbeit nachgehen und die sich hier bei uns ein neues soziales Umfeld erschaffen haben. Was machen wir mit den jungen Menschen, die hier zur Schule gehen und die ein Teil unserer Gesellschaft geworden sind und Verschiedenes mehr

Wir müssen Einwanderung gerecht und solidarisch gestalten und schaffen, indem zuerst eine aufrichtige Integrationsarbeit verfolgt wird. Aber es muss auch erwähnt werden, dass keine Migrantenorganisationen privilegiert werden dürfen, die ein Bündnis mit den Herrschenden in der Ferne eingegangen sind, und in deren Schatten sich viele Migranten befinden, die sich nicht trauen und dann deren Opfer werden!

Auch darf die Einwanderung nicht vom Kapital für Lohndumping ausgenutzt werden. Denen müssen wir Barrieren in den Weg stellen, sodass die Ärmsten nicht gegen die Armen ausgespielt werden und es nicht zu einem Kinderspiel für den Rechtspopulismus wird, die Gesellschaft mit Ängsten und demagogischer Politik zu infizieren! Wenn wir aber die ersten neun hier angesprochenen Herausforderungen vorneweg angehen und

die Fluchtursachen stoppen beziehungsweise mindern, können wir sicherlich diese kleinen Herausforderungen auch ganz einfach meistern!

Ein letztes Wort noch dazu, eigentlich sollte diese wichtige Frage in Brüssel diskutiert werden, denn so eine große Europäische Gemeinschaft schafft es nicht einmal ansatzweise soviel Flüchtlinge aufzunehmen, wie zum Beispiel die Demokratische Föderation Nordsyrien (Rojava) die sich im Krieg befindet oder wie Jordanien, stattdessen hat sie sich eine (unsichtbare) Mauer um ihre Grenze gezogen, indem sie das Mittelmeer zum Schandfleck des 21. Jahrhunderts gemacht hat und mit ihren unmoralischen Deals eine Bankrott-Erklärung der westlichen zivilisierten Welt dargelegt hat! Wir müssen dieser Heuchlerei entgetreten und sie entlarven, wo immer wir auch sind!



Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben. Die brutalen Kriege und Menschenrechtskrisen der Welt zwingen weiter viele Menschen zur Flucht. Jeder zweite Flüchtling weltweit ist ein Kind! Mit einem Gesamtkonzept Migration gewährleisten wir Kontrolle und verhindern Überforderung. Wir müssen die Fluchtursachen in den Heimatländern bekämpfen, die Außengrenzen Europas sichern und die Flüchtlinge innerhalb Europas solidarisch verteilen. Die anerkannten Flüchtlinge werden wir besser integrieren und die abgelehnten Flüchtlinge konsequenter in ihre Herkunftsländer zurückführen. Und wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, das transparent und verständlich regelt, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern kann und wer nicht.

Wir wollen eine solidarische Verteilung der Aufgaben für Flüchtlingshilfe und eine einheitliche Entscheidungspraxis in der Europäischen Union. Wir akzeptieren nicht länger, dass sich einzelne Mitgliedstaaten dem gemeinsam beschlossenen europäischen Asylsystem verweigern. Wir werden es so weiter entwickeln, dass es den aktuellen Anforderungen gerecht wird. Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen, sollen Unterstützung erhalten, zum Beispiel für den Ausbau von Gemeindeeinrichtungen, Schulen oder für die medizinische Versorgung. Staaten, die sich verweigern, sollen deutliche Nachteile erfahren. Solidarität ist die Basis der europäischen Zusammenarbeit.



Für uns sind das Grundrecht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention die Grundlage deutscher und europäischer Flüchtlingspolitik. Wir treten für die Entwicklung einer gemeinsamen und an den Menschenrechten orientierten Flüchtlingspolitik ein – in Deutschland und Europa.

Deutschland hat die Möglichkeiten Schutzsuchende aufzunehmen und zu versorgen. Wir setzen uns deswegen dafür ein, ergänzend zum bestehenden Flüchtlingsschutz ein großzügiges Programm zur Aufnahme von Schutzsuchenden aus Drittstaaten (Resettlement) dauerhaft zu etablieren. Obergrenzen für die Aufnahme von Flüchtlingen, wie von der CSU immer wieder gefordert, lehnen wir entschieden ab!

Wir sind klar gegen Abschiebungen nach Afghanistan und haben kurz vor der Sommerpause einen Antrag dazu in den Deutschen Bundestag eingebracht: (Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/120/1812099.pdf>). Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir ab. Im Bundestag haben wir uns mit einem Entschließungsantrag dafür eingesetzt, dass Marokko, Algerien und Tunesien nicht zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden („Entwurf eines Gesetzes zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten“, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/080/1808039.pdf>).

In unserem Antrag „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes – Familiennachzug für subsidiär Geschützte“ (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/100/1810044.pdf>) fordern wir, dass auch Personen, denen nur subsidiärer Schutz und nicht der Flüchtlingsstatus zuerkannt wurde, ein Recht auf Familiennachzug haben. Bisher gilt für diese Personen eine zweijährige Sperrfrist, bevor sie einen solchen Antrag stellen dürfen. Die lange Trennung von der eigenen Familie zeigt die unerträgliche humanitäre Härte der Bundesregierung.

Die Flüchtlingsaufnahme in Deutschland braucht grundlegende Verbesserungen: Asylverfahren müssen durch eine unabhängige Rechtsberatung und bessere Qualifikation des Personals im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) fair und effizient gestaltet werden. Wir müssen für eine qualitativ hochwertige Sprachförderung sorgen, die darauf zielt, Menschen gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Und Flüchtlingen wie Flüchtlingshelfern – sowohl auf kommunaler wie auf Bundesebene – zentrale Ansprechpartner schaffen.



Gisela Manderla: Deutschland hat sich in den letzten Jahren in beispielloser Weise um Schutzsuchende gekümmert und ist damit seiner Verantwortung umfänglich nachgekommen. Dies wird auch weiterhin der Fall sein. Klar ist aber auch, dass Deutschland nicht allein die Probleme auf dieser Welt – in Bezug auf diese Frage also das Problem der globalen Konfliktursachen und den daraus resultierenden Migrationsdruck – lösen kann. Dies kann nur gemeinschaftlich mit unseren Part-

nern in Europa und der Welt gelingen. Denn die entscheidende Frage ist nicht, ob Deutschland wieder mehr Schutzsuchende aufnehmen kann, sondern wie wir die Zahl der Schutzsuchenden verringern.



Die großen Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre stellen Deutschland und Europa vor eine Herausforderung, die bisher mit Chaos und staatlichem Organisationsversagen beantwortet wurde. Es wurde reagiert statt agiert. Rechtsstaatliche Mittel und klare Regeln können Ordnung in Einwanderung und Asylpolitik bringen. Leiten wir das wieder in geordnete Bahnen!

Wir Freie Demokraten halten das Menschenrecht auf Asyl für nicht verhandelbar. Wir lehnen deshalb auch jede Form von festgelegten Obergrenzen bei der Gewährung von Asyl klar ab. Eine solche Obergrenze würde dem Grundgesetz widersprechen. Effektive Mechanismen zur Entscheidung über die Schutzbedürftigkeit müssen weiterentwickelt werden. Anträge von Asylsuchenden aus sicheren Herkunftsstaaten sollen in den Registrierungszonen, den sogenannten Hotspots, schnellstmöglich entschieden werden. Gleichzeitig ist aber entscheidend, dass Konflikte, Armut, Hunger und fehlende Rechtsstaatlichkeit vor Ort bekämpft werden müssen. Oberste Priorität hat die Beilegung von bewaffneten Konflikten. Um Menschen die lebensgefährliche Flucht zu ersparen, möchten wir es ermöglichen, Asylanträge auch bereits im Ausland zu stellen. Ein Visum aus humanitären Gründen sollte nach Schweizer Vorbild ebenfalls erteilt werden, wenn im Einzelfall offensichtlich ist, dass Leib und Leben des Antragstellers oder der Antragstellerin unmittelbar, ernsthaft und konkret gefährdet sind.

Wir Freie Demokraten wollen die Flüchtlingsfrage in enger Kooperation mit europäischen Nachbarregionen lösen. Wenn Staaten eine besondere Verantwortung bei der Aufnahme von Flüchtlingen übernehmen, wie etwa der Libanon oder Jordanien, wollen wir sie neben stark erhöhten finanziellen Beiträgen für Einrichtung und Betrieb des Schul- wie auch Gesundheitswesens bei der Schaffung von Sonderwirtschaftszonen unterstützen, um die Situation der Flüchtlinge zu verbessern. Dort sollen Investitionen aus der EU vereinfacht und Handelshemmnisse für die Ausfuhr in die EU beseitigt werden. Außerdem wollen wir mehr Anreize für reguläre Migration aus den betroffenen Regionen schaffen. Deutschland und die EU müssen die Anzahl an Arbeitsmarkt- und Ausbildungsvisa erhöhen. Zudem muss bereits in den betroffenen Staaten über Wege regulärer Migration aufgeklärt und dafür geworben werden.

Für den Inhalt der einzelnen Antworten sind ausschließlich die jeweiligen Kandidaten beziehungsweise Parteien verantwortlich.

„Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen.

Ein Zehntel der Energien, die die kriegführenden Nationen im Weltkrieg verbraucht, ein Bruchteil des Geldes, das sie mit Handgranaten und Giftgasen verpulvert haben, wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen sowie die Katastrophe der Arbeitslosigkeit in der Welt zu verhindern.“

Albert Einstein, Für einen militanten Pazifismus, 1931.

Regelmäßige Treffen des Kölner Friedensforums

Jeden 1. Mittwoch im Monat
um 19:30 Uhr

im Friedensbildungswerk
Obenmarspforten 9-11
Köln

Kontakt:

Koelner-Friedensforum@web.de

Weitere Infos:

koelnerfriedensforum.org

In Kooperation mit:

